

	Seite
Vorwort	V
Literaturverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	VIII
1. Teil: Familienrecht und Gebühren	1
Kapitel 1:	
Familienrecht und Beratungshonorar	2
A. Familienrechtliche Beratung	2
I. Erwartungshaltung, Anwaltskunst und Gegenleistung	2
II. Die Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung: Eine ungeliebte Ordnung für Advokaten	3
III. BRAGO im Familienrecht: Beispiele für unrentable Anwaltsleistungen	3
1.) <i>Beispielsberechnung für eine Anrechnung: Kombination Erstberatungs- und Geschäftsgebühren</i>	4
a) Die einzelnen Berechnungsvorgänge – Drei Berechnungsschritte	4
b) Anrechnung gemäß § 20 BRAGO Abs. 1 S. 4 BRAGO – welche Gebühren sind deckungsgleich und damit anrechnungsfähig?	5
c) Anrechnung der anteiligen Ratsgebühr gemäß § 20 Abs. 1 S. 4 BRAGO	5
d) Gesamtergebnis: Gebührenaufkommen und Arbeitsaufwand	6
2.) <i>Betriebswirtschaftliche Konsequenzen</i>	6
3.) <i>Beispiel 1: Familienrechtliche Beratung – Erhöhung von Tabellenunterhalt</i>	7
4.) <i>Beispiel 2: Außergerichtliche Korrespondenz und isoliertes Sorgerechtsverfahren</i>	8
B. Fazit	8

Kapitel 2: Der Gegenstandswert: Grundlagen und Wertvorschriften im Familienrecht (Schwerpunkte)	9
Kapitel 3: Die Erstberatung gemäß § 20 Abs. 1 Satz 2 BRAGO	10
A. Gesetzgeberischer Zweck	10
B. Erstberatung: Berufsbelastende Abgrenzungsprobleme Einstiegsberatung oder voll verantwortliche Beratung?	11
C. Anwaltliche Informationsbeschaffung und Erstberatungsgebühr	14
D. Erstberatung in der aktuellen veröffentlichten Rechtsprechung	15
E. Erstberatungsgebühr und Satzrahmen gemäß § 12 BRAGO	16
F. Familienrechtliche Erstberatung und Gegenstandswerte: Überblick	17
G. Erstberatung: Dokumentation und Beweislast	18
Kapitel 4: Beratungsrechtschutz und Rechtsschutzversicherung – Ein widersprüchliches System	18
A. Problemstellung: Gebührensicherheits- und Service-Mentalität	18
B. Beratungs-Rechtsschutz im Familienrecht und ARB 94	19
C. Beratungs-Rechtsschutz und Eintritt des Versicherungsfalls	20
Kapitel 5: Gebühren für außergerichtliche Korrespondenz, § 118 BRAGO	21
A. Gebührentatbestände des § 118 BRAGO	21
B. Außergerichtliches Mandat und Besprechungsgebühr	22
Kapitel 6: Die Kardinalfrage: Der Streitwert für das Scheidungsverfahren/Ehesache	23
A. Einführung	23
B. Ermittlung des Gegenstandswertes für die Ehesache: Häufigster Streitfall	24

I.	Zeitpunkt der Wertberechnung, § 15 GKG	24
II.	Maßstäbe für die Wertberechnung, § 12 Abs. 2 GKG	25
1.)	<i>Insbesondere Umfang der Sache</i>	25
2.)	<i>Insbesondere Bedeutung der Sache</i>	26
3.)	<i>Einkommensverhältnisse</i>	28
4.)	<i>Vermögensverhältnisse</i>	28
5.)	<i>Beispieldberechnung</i>	29
6.)	<i>Berechnungsfazit</i>	30
III.	Zufällig bekanntwerdende Einzelfallentscheidungen zum Wert der Ehesache	30
IV.	Darlegungs- und Beweislast für den Wert der Ehesache	31
1.)	<i>Rechtzeitiger Sachvortrag vor der Wertbestimmung für das Amtsgericht – Familiengericht</i>	31
2.)	<i>Streitwertfakten und Bruch des Anwaltsgeheimnisses?</i>	31
V.	Abschied von Regelstreitwert in Ehesachen	32
VI.	Checkliste	32
VII.	Streitwertbeschwerde gemäß § 25 GKG	32
VIII.	Sonderfall: OLG Köln, FamRZ 1997: Streitwertbedeutung eines Einfamilienhauses mit Verkehrswert von 430.000 DM	33

Kapitel 7:

Anwaltliche Absicherung eines angemessenen Gegenstandswertes in Ehesachen

34

A. Honorarvereinbarung versus Streitwertroulette

34

B. Formulierungsvorschlag:

34

Kapitel 8:

Die sinnvolle Alternative zur Erstberatung = die Honorarvereinbarung

Die Angst des Advokaten, eine Honorarvereinbarung abzuschließen

35

A. Problemstellung

35

B. Die BRAGO als Honorargrundlage für Familienrechtsmandate

36

C. Familienrecht:

Mißverhältnis zwischen Aufwand und Gegenleistung

37

D.	Praxisbeispiel: Sonderfall: Unterhaltsrechtsmandat	37
E.	Motive, Maßstäbe und Beispiel von Honorarvereinbarungen	38
F.	Erste Formulierungsvorschläge für Honorarvereinbarungen in Familiensachen	39
 Kapitel 9: Kindschaftsrechtsreformgesetz und Beweisgebühr gemäß § 31 Abs. 1 Ziff. 3 BRAGO, § 613 ZPO		39
A.	Einführung: Der neue Zwangsvverbund und Nachteile für Anwaltshonorierung	39
B.	Die umstrittene Auslegung von § 613 ZPO	40
C.	Rechtsanwälte sind gefordert!	41
D.	Die Auffassung von Krause in JurBüro 1999, 118, 119	41
E.	Gebührenreduzierung durch die Kindschaftsrechtsreform: Vergleichende Beispieleberechnungen	41
1.)	<i>Abrechnung bis zum 30. 06. 1998</i>	42
2.)	<i>Abrechnung ab Kindschaftsrechtsreformgesetz zum 01. 07. 1998</i> (Sogenannter Neufall)	42
 Kapitel 10: Isoliertes Sorgerechtsverfahren/ Isoliertes Umgangsrechtsverfahren: Erhöhung der Mittelgebühr über 7,5/10 gemäß § 118 BRAGO hinaus		43
A.	Anfall einer Beweisgebühr in isolierten Verfahren	44
B.	Maßstab für die Beweisaufnahme: Stoffsammlung oder Wahrheitsfeststellung?	45
 Kapitel 11: Die Scheidungsfolgenvereinbarung – Das schwierige gebührenrechtliche Finale		45
A.	Problemstellung	45
B.	Das Ehescheidungsverfahren und die kurzfristige Einigung über Hauersat und Zugewinn	46
C.	Die Scheidungsfolgenvereinbarung und eine aufschiebende Bedingung	47

Kapitel 12: Umgangs- und sorgerechtlicher Vergleich, Zwischenvereinbarung und Vergleichsgebühr gemäß § 23 BRAGO?	50
A. Problemstellung: Sorge- und Umgangsrecht als Vereinbarungsgegenstand	50
B. Voraussetzungen und Besonderheiten bei Zwischenvereinbarungen	50
C. Voraussetzungen der Sorgerechtsvereinbarung und Entstehung der Vergleichsgebühr gemäß § 23 BRAGO	51
I. Problemstellung	51
II. Streitstand: Elterliche Einigung gleich Vergleichscharakter?	51
III. Berechnungsbeispiele	52
IV. Die Probleme mit Gegenstandswerten und Gebührenrahmen	53
Kapitel 13: Prozeßkostenhilfeverfahren und die auf 15/10 erhöhte Vergleichsgebühr gemäß § 23 BRAGO – das Sonderhonorar für den streitvermeidenden Advokaten	55
A. Problemstellung	55
B. Zusammenfassung	56
C. Schnellübersicht der Rechtsprechung zur 15/10-Vergleichsgebühr gemäß § 23 BRAGO	57
Kapitel 14: Prozeßkostenhilfe und Prozeßkostenhilfebewilligung – Zeit ist Geld	57
A. Prozeßkostenhilfe-Mandate und Bewilligungsreife	57
I. Problemstellung	57
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Prozeßkostenhilfe (PKH)	58
III. Formelle und materielle Voraussetzungen für die Prozeßkostenhilfebewilligung	58
IV. Prüfungsumfang für die PKH	59
V. Mögliche Entscheidungen zu den vorstehenden Beispielsfällen	60
B. Fazit	60

Kapitel 15: Belehrungspflichten des Rechtsanwalts im Zusammenhang mit der Prozeßkostenhilfe	61
A. Problemstellung	61
B. Muß der Rechtsanwalt die mittellose Partei ungefragt darüber belehren, daß sie bei Prozeßkostenhilfeversagung gebührenpflichtig ist?	62
C. Der Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts	64
D. »Der sogenannte sicherste Weg«: Bestätigungsschreiben für die Mandantschaft = Formulierungsvorschlag	64
Kapitel 16: Schnellübersicht Antragserfordernisse zur Erlangung der Prozeßkostenhilfe	65
A. Einführung und Problemstellung	65
B. Familiensachen des § 621 Abs. 1 ZPO	65
C. Einstweilige Anordnungen, §§ 127 a ZPO, 620 ZPO, 620 b ZPO, 621 f ZPO, 641 d ZPO, 641 e ZPO	66
Kapitel 17: Sonderfälle: Der kleine und große Fluranwalt in Ehe- und Familiensachen	66
A. Problemstellung: Der Versuch einer Phänomenbeschreibung	66
B. Der Fluranwalt: Glückfall oder Mißstand?	67
C. Die gebührenrechtliche Situation von Fluranwalt und Partei	67
D. Der Fluranwalt – ein Phänomen ohne Alternative?	68
E. Rechtsprechungsbeispiel: Der konsequente Fluranwalt	68
Kapitel 18: Gebühren bei gemeinsamer Beratung zweier Ehegatten	69
Kapitel 19: Vorsorgende Rechtsberatung	71
A. Eheverträge und Notarkosten	71
I. Gegenstandswert und notarielle Gebühren	71
II. Gebühren für notariellen Gütertrennungsvertrag	71

B. Eheverträge und anwaltliche Beratung: Ermittlung des Gegenstandswertes	72
C. Liquidation für Entwurf des Ehevertrages	73
 Kapitel 20: Wichtige Streitwerte/Gegenstandswerte in Familiensachen 74	
A. Ehesache, § 12 Abs. 2 GKG	74
B. Ehewohnung, § 21 Abs. 3 Hausratsverordnung	74
C. Unterhalt	74
D. Versorgungsausgleich/Verbund, §§ 17, 17 a GKG	74
E. Isoliertes Umgangsrechtsverfahren, §§ 621 Abs. 1 Nr. 2 ZPO, 12 Abs. 2 S. 1 GKG/94 Abs. 2/30 Abs. 2 und Abs. 3 KostO	74
F. Isoliertes Sorgerechtsverfahren, § 621 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	74
G. Umgangsrechtsverfahren im Verbund/Scheidungsfolgensache	75
H. Sorgerechtsverfahren im Verbund/Scheidungsfolgesache	75
 Kapitel 21: Anwaltliche Sonderberatung über notarielle Tätigkeit bzw. notarielle Gebühren 75	
A. Problemstellung	75
B. Das Verhältnis von anwaltlicher und notarieller Tätigkeit	75
C. Abgrenzung anwaltlicher und notarieller Tätigkeit	76
D. Rechtsprechung des BGH zur anwaltlichen Belehrung	76
E. Zusammenfassung	77
 Kapitel 22: Rechtsanwälte, Fachanwälte und Gebührenausblicke 77	
A. Problemstellung	77
B. AGH Anwaltsgerichtshof NW AnwaltsBl. 99, 348: Eine erfreuliche Rechtsprechung gegen entgeltliche Telefonberatung (Hotline)	78
C. Anwaltliche Leistungen: Keine schnellebigen Produkte	78

2. Teil: Erbrecht	79
Kapitel 1:	
Testament	80
A. Privatschriftliches Testament – Beratung und Entwurfsfertigung	80
B. Entwurf eines Testaments durch einen Rechtsanwalt	80
C. Notarielles Testament: Beurkundung	81
Kapitel 2:	
Erbengemeinschaft:	
Streitwert, Anwaltsgebühren und Kostensachen	82
A. Anwaltsgebühren	82
B. Kostensachen	
Kostenbefreiung für Miterben nach Erbauseinandersetzung	83
Kapitel 3:	
Gebührenrechtliche Risiken einer Erbteilungsklage gemäß	
§§ 2042 BGB, 894 ZPO = LG Erfurt, ZEV 1198, 391	84
A. Problemstellung: Die Erbteilungsklage	84
B. Anwaltsrisiken bei verfrühter Klageerhebung zur	
Auseinandersetzung einer Gesamthandsgemeinschaft	84
C. Gebührenrechtliche Konsequenzen einer verfrüht erhobenen	
Erbteilungsklage	85
Kapitel 4:	
Die Vergütung des Nachlaßpflegers, §§ 1960, 1915, 1836 BGB	86
A. Einführung und Grundsätzliches	86
B. Vergütung des Nachlaßpflegers	86
C. Gegenleistung für Mühewaltung – Prozentsätze	87
D. Nachlaßpflegschaften aus der Rechtspraxis	87
E. Beispieldurchrechnung einer Nachlaßpflegervergütung	88

Kapitel 5:	
Die Vergütung des Testamentsvollstreckers	89
A. Problemstellung/Grundsätzliches	89
B. Richtlinien und Tabellen für die Höhe der Testamentsvollstreckervergütung	89
C. Tabellenübersicht	90
D. Tabellenvorschlag von Weirich-Bengel-Reimann-Eckelskämper	90
Sachregister	91